

**Planen, Bauen und Wohnen sind eine gesellschaftliche Daueraufgabe von Verfassungsrang. Das Ettersburger Gespräch wendet sich gegen die erkennbare Geringschätzung dieser Themen beim aktuellen Umgang mit Zuordnung und Leitung des Baurechts auf Bundesebene und fordert ein starkes Bauministerium.**

Wohnungspolitik ist nur erfolgreich, wenn sie langfristig angelegt wird und verlässliche Rahmenbedingungen schafft. Denn Voraussetzungen für die Schaffung von Wohnraum sind ausreichende Kapazitäten, eingespielte Prozessabläufe und Grundstücke. Diese Voraussetzungen können auch mit mehr Geld nicht kurzfristig geschaffen werden. Daher können Baukindergeld, eine zaghafte Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus oder Sonderabschreibungen keine ausreichende Wirkung haben. Es braucht weitergehende aktive Erleichterungen für das Bauen von Wohnungen.

Auch der Versuch die Baukosten zu senken bringt nichts, solange gleichzeitig immer neue Anforderungen an Wohnungen gestellt werden und Grundstückspreise steigen. Außerdem setzen „serielles Bauen“, schnellere Genehmigungsverfahren und BIM, d.h. die Nutzung von digitalen Möglichkeiten auch voraus, dass die öffentlichen Bauverwaltungen und vor allem die kommunalen Bauämter personell und technisch entsprechend ausgestattet werden. Das ist nicht in Sicht. Über Jahre ist eine aktive Wohnungspolitik auf Ebene des Bundes, der Länder und Kommunen nicht betrieben worden. Kurzfristiger Aktionismus wird dies nicht ausgleichen können. Es steht eher zu befürchten, dass Fehler gemacht werden, in Form trivialer Bauwerke oder monotoner Großsiedlungen. Im Interesse der Baukultur ist es an der Zeit, eine neue langfristige Strategie zu entwerfen und der Wohnungspolitik dauerhaft einen anderen Stellenwert zu geben. Baukultur braucht einen größeren Stellenwert und politische Verlässlichkeit.

Ettersburg am 21. September 2018